



Bulgarien und die Slowakei haben angekündigt, dass sie das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (das „Istanbuler Übereinkommen“ von 2011) nicht ratifizieren werden. In Polen soll eine Petition laufen mit dem Ziel, dass Warschau seine Unterschrift zurückzieht. - Dieses Übereinkommen ist so etwas wie das Dogma der Gender-Ideologie und ihrer Durchsetzung in unseren Schulen.

Das ist um so bemerkenswerter, als Bulgarien momentan den Vorsitz der EU innehat.

Der Beschluss des europäischen Parlaments, der die Entscheidung des Europarats billigte, [die sen Text](#) im Namen der EU zu ratifizieren (was im Juni 2017 geschah), ist also null und nichtig, ebenso wie die Entscheidung des Europarats, denn es wäre Einstimmigkeit der Mitgliedsstaaten erforderlich gewesen.

Tatsächlich haben die Tschechei, Litauen, Lettland, Ungarn, Kroatien, aber auch Griechenland, Irland und sogar Luxemburg (und Großbritannien) den Text von 2011 nicht ratifiziert, den man somit getrost in die Tonne klopfen kann. Alles, was die Durchsetzung dieser kranken Ideologie verhindert oder wenigstens bremst, ist begrüßenswert!

Auch an diesem Beispiel kann man deutlich sehen, wie sehr und wie lange schon „der Westen“ ganz sanft, aber beharrlich und perfide immer mehr in den Sog zerstörerischer Ideologien

geraten ist und kaum noch Kraft hat, sich zu widersetzen und seine eigentlichen Werte zu verteidigen. Allem Anschein nach hatte und hat „der Osten“ mehr Abwehrkräfte gegen Propaganda und ideologische Bevormundung!

Übrigens gilt das auch für Staaten außerhalb der EU: auch das ukrainische Parlament hatte die „Rechte der LGBT“ abgeschmettert, und zwar bereits im November 2016.

JV